

SWR2 Wissen

Indiens NGOs in Not – Regierung verbietet ausländische Hilfsgelder

Von Toni Neumann

Sendung vom: Dienstag, 30. Januar 2024, 8.30 Uhr

Erst-Sendung vom: Dienstag, 27. September 2022, 8.30 Uhr

Redaktion: Dirk Asendorpf

Produktion: SWR 2022/2024

Indiens hindu-nationalistische Regierung unterbindet die Arbeit von immer mehr christlichen, muslimischen und anderen nicht genehmen Hilfsorganisationen.

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

SWR2 können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören.

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIFT

Atmo 01:

Demonstration in Delhi

Sprecher:

Neu-Delhi, Indien, im Juni 2022. Gestern ist die Menschenrechtlerin Teesta Setalvad verhaftet worden, heute der Journalist Mohammed Zubair. Auf einer mit gelben Gittern abgesperrten Ödfläche in Delhi demonstrieren Aktivisten mehrerer Menschenrechtsorganisationen gegen die Festnahmen – umzingelt von Polizei, weitab von der Öffentlichkeit.

Ansage:

Indiens NGOs in Not. Regierung verbietet ausländische Hilfsgelder. Von Toni Neumann.

Sprecher:

Menschenrechtsorganisationen sind der hindu-nationalistischen Regierung unter Premierminister Narendra Modi schon lange ein Dorn im Auge. Und Modi bekämpft solche Organisationen mit allen Mitteln – bis hin zum Verbot, ihre Arbeit mit ausländischem Geld zu finanzieren.

Der Navsarjan Trust des Christen Martin Macwan, zum Beispiel, gewährt Dalits, Kastenlosen nach hinduistischer Lehre, Rechtshilfe – gegen Diskriminierung und Hassverbrechen von Angehörigen höherer Kasten. Das widerspreche dem nationalen Interesse, habe das Innenministerium gesagt. Und:

O-Ton 01 Martin Macwan, darüber Übersetzer:

Wir gehörten zu den ersten Organisationen, denen die Regierung Narendra Modis die Lizenz, ausländisches Geld anzunehmen, entzog. Unsere Aktivitäten schaden dem nationalen Interesse Indiens, hieß es in der Begründung. Natürlich haben wir das Verbot angefochten – beim Hohen Gericht in Delhi. Aber: Die Mühlen der Justiz mahlen langsam in Indien. Ein erstinstanzliches Urteil ergeht vielleicht erst in zehn Jahren.

Sprecher:

Der Navsarjan Trust, der von Zuwendungen ausländischer Hilfsorganisationen lebte, musste seine Schule für Dalit-Kinder schließen; er musste die Menschenrechtsarbeit drastisch einschränken und die meisten Mitarbeiter entlassen. Der Trust ist heute nahezu gelähmt – so wie viele der rund 20.000 Organisationen, die Menschenrechte von mehreren hundert Millionen Indern verteidigen – finanziert aus Europa und den USA. Mit perfidem Bürokratie-Terror hungere die von der hindu-nationalistischen BJP gestellte Regierung Menschenrechtsorganisationen aus – sagt ein Aktivist, der nicht mit Namen genannt werden will.

Jahrzehntelang haben indische Regierungen und Nichtregierungsorganisationen, kurz NGOs, kooperiert. Gemeinsam bekämpfte man Armut; gemeinsam erarbeitete man Gesetze – zur Ernährungssicherung für Bedürftige, gegen häusliche Gewalt und Hassverbrechen an Frauen, Kastenlosen und Adivasi, Indiens indigener Bevölkerung. Gemeinsam erarbeiteten NGOs und Regierungen Gesetze, die die

Schwächsten der Gesellschaft zu Landnutzung und politischer Teilhabe berechtigen; ein Gesetz auch zum Recht auf Information. Es berechtigt Bürger, bei Korruption und behördlicher Willkür Dokumente einzusehen. Bis heute jedoch stehen viele dieser Gesetze nur auf dem Papier, und Menschenrechtsorganisationen versuchen in mühsamer Kleinarbeit, sie Stück für Stück durchzusetzen.

Atmo 01:

Demonstration in Delhi

Sprecher:

NGOs demonstrieren, wenn wieder mal Aktivisten verhaftet worden sind, obwohl die Behörden Demonstrationen nur noch auf abgelegenen Plätzen dulden, umzingelt von Straßensperren und Polizei, weitab von der Öffentlichkeit. NGOs schützen auch Bürger, die bedroht werden, weil sie ihr Recht auf Information einfordern.

Atmo 02:

Anwaltsbüro

Sprecher:

Und die Organisation einer jungen Anwältin im südindischen Chennai, sie möchte anonym bleiben, prozessiert gegen Bergbau- und Staudammprojekte, die Kleinbauern ihres Landes berauben oder Umwelt und Klima schädigen.

O-Ton 02 Anwältin in Chennai, darüber Übersetzerin:

Wenn es um milliardenschwere Infrastrukturprojekte geht, tanzt die Regierung oft nach der Pfeife indischer und internationaler Konzerne. Denn die Regierung will ja Investitionen – was eigentlich auch okay ist. Das Problem ist nur, dass bisweilen einfache Bürger die Rechnung bezahlen – wehrlose Minderheiten wie die Adivasi insbesondere. Bei zahllosen Bergbau-, Staudamm- und Straßenprojekten nimmt die Regierung den Adivasi ihr Land einfach weg und gibt es den Konzernen.

Atmo 03:

Dorf bei Madurai

Sprecher:

In entlegenen Dörfern außerhalb der Stadt Madurai ermutigen derweil Mitarbeiterinnen von Graswurzelorganisationen kastenlose Bäuerinnen, sich weder vom eigenen Mann noch von Angehörigen höherer Kasten misshandeln zu lassen. Die Aktivistinnen organisieren auch Dalit-Frauen wie die dreifache Mutter Jodi in Selbsthilfe-Gruppen. Gemeinsam kämpfen die Frauen dann für ihr gesetzlich verankertes Recht auf Landbesitz.

O-Ton 03 Jodi, darüber Übersetzerin:

Mithilfe der Organisation haben wir schon fünf Hektar Panjami-Land identifiziert – das uns Dalit gehört, aber von Bauern höherer Kasten genutzt wird. „Gebt uns das Land, das die Regierung für uns reserviert hat“, fordern wir jetzt auf Dorfversammlungen. Und bei einer Demonstration neulich war sogar mein Mann dabei. „Wir Frauen können mehr als Ziegen hüten, kochen und Kinder aufziehen, sage ich ihm schon lange. Und wenn ihr Männer uns hilft, werden wir irgendwann unser Land bekommen.“

Sprecher:

In Neu-Delhi leitet der erfahrene Menschenrechtler Biraj Patnaik die National Foundation for India. Die vor 30 Jahren von prominenten Indern gegründete Stiftung fördert kleine NGOs. Ihr Budget von mehreren Millionen Euro jährlich stammt zum Teil aus dem Ausland. Die Haltung der Regierung Modi gegenüber kritischen NGOs erkläre sich aus der Ideologie seiner Partei, sagt Patnaik.

O-Ton 05 Biraj Patnaik, darüber Übersetzer:

Die BJP hat ihre ideologischen Wurzeln in der hindu-nationalistischen Organisation RSS. Nach deren Ideologie wird Indiens Hindu-Mehrheit seit Jahrtausenden von ausländischen Mächten unterdrückt. Der ihr eigentlich vorbestimmte Aufstieg zu religiöser und politischer Herrschaft in Indien werde ihr bis heute verwehrt. Insoweit sei auch die Teilung Indiens im 20. Jahrhundert noch unvollendet: Es seien zwar – mit Pakistan und Bangladesch – zwei islamische Staaten entstanden; der Staat Indien jedoch sei noch weltlich-demokratisch verfasst – und nicht als Hindu-Nation.

Sprecher:

Hindutva wird diese Ideologie genannt, Kritiker bezeichnen sie als faschistisch. Ihr Ziel ist eine von Hindus beherrschte Großmacht Indien; ein Indien, frei von ausländischen kulturellen und religiösen Einflüssen. Wie die meisten Ideologen unterscheidet BJP-Regierungschef Modi kategorisch zwischen Freunden und Feinden: Als Freunde gelten diejenigen, die den Aufbau der mächtigen Hindu-Nation unterstützen: Neben Hindu-Aktivisten sind das Unternehmen, die wirtschaftliches Wachstum fördern, aber auch NGOs, die Entwicklungsarbeit leisten. Entwicklungsarbeit allerdings in einem sehr engen Sinn: Bau von öffentlichen Toiletten und Brunnen; von Schulen und Gesundheitsstationen, Ausbildung von Kleinbauern oder Handwerkern, Sanierung von Slums. Als potenzielle Störenfriede oder gar Feinde der Hindu-Nation gelten dagegen Aktivisten und Organisationen, die die Rechte religiöser und sozialer Minderheiten einfordern, Organisationen, die Umwelt und Klima gegen wirtschaftliche Interessen verteidigen. Die meisten dieser rund 20.000 NGOs finanzieren ihre Arbeit vorwiegend mit ausländischem Geld. Für die BJP-Regierung verkörperten sie eine Bedrohung der Hindu-Nation, erklärt Biraj Patnaik.

O-Ton 05 Biraj Patnaik, darüber Übersetzer:

Erstens ist die BJP-Regierung besorgt, dass ausländisches Geld für religiöse Bekehrung verwendet wird – ein rotes Tuch für die Regierung. Denn die strebt ja eine Nation an, in der allein Hindus das Sagen haben. Zweitens befürchtet die Regierung, dass ausländische Organisationen mit ihrem Geld Indiens öffentliche Meinung in Klima-Fragen beeinflussen. Das könne das Land wirtschaftlich schwächen und die Position Indiens bei internationalen Klimaverhandlungen untergraben. Drittens stört es Premierminister Modi, dass ausländisch finanzierte NGOs über Menschenrechtsverletzungen am Arbeitsplatz berichten – über Dumpinglöhne oder sexuelle Ausbeutung in der Textilindustrie zum Beispiel. Als Konsequenz befürchtet man Sanktionen westlicher Industrieländer. Aus ähnlichen Gründen will Modi auch nicht, dass NGOs die Weltöffentlichkeit über Menschenrechtsverletzungen in Rebellengebieten Nordostindiens oder der Kaschmir-Region informieren. Auch das würde von anderen Ländern zum Nachteil Indiens ausgeschlachtet.

Sprecher:

Kein Wunder, dass regierungsnah soziale Medien, Zeitungen und Fernsehsendungen kritische NGOs als unpatriotisch diffamieren. Hilfreich dabei ist, dass die meisten Medien Indiens regierungsnahen Unternehmen gehören. Im Index für Pressefreiheit der Reporter ohne Grenzen ist Indien 2023 auf Platz 151 von 180 abgesackt. Neben der Diffamierung nutzt die Regierung gegen kritische Organisationen auch Anti-Terror- und Geldwäsche-Gesetze.

O-Ton 07 Biraj Patnaik, darüber Übersetzer:

Das Geldwäschegesetz haben frühere Regierungen so gut wie nie gegen NGOs eingesetzt, sondern nur gegen Drogen-, Menschen- und Schwarzhändler. In jüngster Zeit jedoch sind etliche prominente NGOs der Geldwäsche beschuldigt worden. Auch die Anti-Terror-Gesetze wurden neuerdings in großem Stil gegen Aktivisten und Demonstranten eingesetzt. Vertreter von Minderheiten, Journalisten und andere Menschenrechtsverteidiger sehen sich plötzlich als Verbrecher etikettiert.

Sprecher:

Beispiele: Der 84-jährige Jesuitenpater Stan Swamy, der sich für Indiens Urbevölkerung einsetzte, wurde im Oktober 2020 unter Terrorverdacht verhaftet. Er starb am 5. Juli 2021 in Untersuchungshaft. Der Journalist Mohammed Zubair, Mitbegründer der indischen fact checking-Webseite Alt News, wurde im Juni 2022 unter dem Vorwurf festgenommen, Muslime zum Hass aufgestachelt zu haben. Einen Tag vor Zubair wurde die Menschenrechtlerin Teesta Setalvad verhaftet – Trägerin des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises und Ehrendoktorin der Universität von British Columbia. Der Vorwurf: Setalvads NGO „Bürger für Gerechtigkeit und Frieden“ habe sich mit hohen Polizeioffizieren verschworen. Gemeinsam mit ihnen habe Setalvad Regierungschef Modi beschuldigt, 2002 Hindu-Ausschreitungen gegen Muslime angeheizt zu haben. Modi war Premier des Bundesstaates Gujarat, als bei Ausschreitungen dort bis zu 2.000 Menschen ums Leben kamen.

Keine Schlagzeilen macht dagegen das Schicksal zahlloser unbekannter Menschenrechtler: 10.000 lokale Aktivisten und Demonstranten sitzen teils seit Jahren in U-Haft, schätzen mehrere Gesprächspartner.

Eine weitere Waffe, mit der die Regierung kritische NGOs bekämpfe, sei Bürokratie-Terror, berichtet die junge Anwältin in Chennai.

O-Ton 08 Anwältin in Chennai, darüber Übersetzerin:

Vor allem auch kleine Organisationen werden von der Polizei und Geheimdiensten tyrannisiert. Alle ihre Aktivitäten werden überwacht; ständig werden die Finanzen geprüft, öffentliche Veranstaltungen werden verboten und Vermietern werden Steuerprüfungen oder andere Unannehmlichkeiten angedroht, sollten sie an die Organisation vermieten.

Sprecher:

Solche Zermürbungstaktik lasse immer mehr NGOs aufgeben, sagt die Anwältin. Noch effizienter aus Sicht der Regierung jedoch sei es, kritischen NGOs einfach den Geldhahn zuzudrehen. Und genau dazu nutze die BJP-Regierung ein schon langes

existierendes Gesetz: das Gesetz über ausländische Finanzzuwendungen, kurz FCRA.

Organisationen, die sich für Menschen- und Umweltrechte einsetzen, finden in Indien nur wenig Geld: Unternehmen spenden lieber an karitative Programme als an kritische NGOs, die auch ihnen auf den Pelz rücken könnten. Außerdem will es sich kein Unternehmen mit der Regierung verscherzen – und auch keine philanthropische Stiftung. Extrem wichtig für kritische NGOs ist deshalb Geld aus dem Ausland – von ausländischen Regierungen, Stiftungen und Hilfsorganisationen. Das Gesetz über ausländische Finanzzuwendungen begrenzt Lizenzen, solches Geld anzunehmen, auf fünf Jahre. Danach müssen sie neu beantragt werden. Eine Routine-Angelegenheit früher. Lizenzen wurden nur in Ausnahmefällen verweigert – zum Beispiel im Fall der in Madurai ansässigen und höchst regierungskritischen Organisation People's Watch. Deren Leiter Henri Tiphagne hatte 2011 eine UN-Sonderberichterstattung mit brisanten Informationen zur Menschenrechtssituation in Indien gefüttert, und er hatte den staatlichen Menschenrechtsrat in einem international verbreiteten Gutachten scharf kritisiert. Da platzte sogar der damaligen, vergleichsweise liberalen Regierung der Kongresspartei der Kragen, erinnert sich Tiphagne.

O-Ton 09 Henri Tiphagne, darüber Übersetzer:

Diese doppelte Bloßstellung gegenüber der Weltöffentlichkeit hat die damalige Regierung derart irritiert, dass sie beschloss, uns eine Lektion zu erteilen. Die einzige Möglichkeit dazu bot das Gesetz über ausländische Finanzzuwendungen. Und folgerichtig wurden unsere entsprechenden Konten am 23. Juli 2012 eingefroren.

Sprecher:

2014 bekam People's Watch seine Lizenz, ausländisches Geld anzunehmen, zurück – nur um sie unter der BJP-Regierung schnell wieder zu verlieren. Seit 2016 ist People's Watch von ausländischem Geld abgeschnitten, und sämtliche Konten sind gesperrt. Die früher landesweit operierende Organisation musste fast alle Mitarbeiter entlassen und wird nun auch noch von der indischen Bundespolizei CBI, einer Art indischem FBI, drangsaliert.

O-Ton 10 Henry Tiphagne, darüber Übersetzer:

Am 8. Januar 2022 stand bei uns ein Agent des CBI vor der Tür und präsentierte einen Hausdurchsuchungsbefehl. Er wolle unsere FCRA-Buchhaltung von 2008 bis 2013 prüfen, sagte er. „Da kommen sie eigentlich zehn Jahre zu spät“, antwortete ich. Nach indischem Recht muss ich meine Finanzunterlagen nur sieben Jahre lang aufbewahren.“

Sprecher:

Tatsächlich bewahre er – aus Respekt vor seinen ausländischen Geldgebern – alle Unterlagen unbegrenzt auf, sagt Henri Tiphagne. Und so wälzt der Agent der Bundespolizei seit Monaten Aktenordner im People's Watch-Büro. Auch an diesem Samstagnachmittag, als der Reporter vor der Tür steht und unauffällig warten muss, bis der Agent Feierabend macht.

Mehrere hundert NGOs hätten in den letzten Jahren ihre Erlaubnis verloren, ausländisches Geld anzunehmen, berichtet in Delhi ein Anwalt, der NGOs vor dem

Obersten Gerichtshof vertritt und auch nicht mit Namen genannt werden will. Als Begründung für den Lizenzentzug nenne die Regierung meist „unpatriotisches Verhalten, das nationalen Interessen schade“.

O-Ton 11 Anwalt in Delhi, darüber Übersetzer:

Wenn Sie zum Beispiel Umweltschäden durch Kohlebergbau thematisieren, handeln Sie für die Regierung schon unpatriotisch. Sie handeln im Auftrag fremder Mächte, die an Kohle verdienen, heißt es dann. Oder: Sie sabotierten Indiens Industrie, indem Sie gegen die Nutzung von Kohle protestieren. Und all das finanzierten Sie mit ausländischem Geld – also als Agenten ausländischer Regierungen, die Indiens wirtschaftlichen Fortschritt bremsen wollen.

Sprecher:

Zu den Organisationen, denen der Zugang zu ausländischem Geld entzogen wurde, zählen neben People's Watch und Martin Macwan's Navsarjan Trust: die Commonwealth-Menschenrechtsinitiative, Oxfam India, Greenpeace India und Amnesty International India. Gegen Amnesty hat das Innenministerium zudem Geldbußen von 7,5 Millionen Euro verhängt – wegen angeblicher Umgehung gesetzlicher Bestimmungen. Auf einer schwarzen Liste ausländischer Organisationen, die Geld nur noch mit Einzelgenehmigung für jede Zahlung nach Indien schicken dürfen, stehen zum Beispiel die niederländische Entwicklungsorganisation Cord Aid, die amerikanische Ford Foundation, das Kinderhilfswerk Compassion International und George Soros' Open Society Foundation.

Menschenrechts-NGOs drangsaliert die Regierung inzwischen mit immer neuen Maßnahmen aus der juristischen Folterkammer: So werden auslaufende Lizenzen, ausländisches Geld zu nutzen, fast nur noch provisorisch verlängert – für immer nur drei Monate. Rund 16.000 Organisationen arbeiteten deshalb in völliger Ungewissheit, was der nächste Tag bringt, berichtet Biraj Patnaik.

O-Ton 13 Biraj Patnaik, darüber Übersetzer:

Bei all diesen Organisationen herrscht große Sorge, ob ihre Lizenz tatsächlich erneuert wird. Mit provisorischen Verlängerungen alle drei Monate kannst du ja überhaupt nicht planen. Du kannst keine Mitarbeiter einstellen; du kannst kein neues Programm beginnen. In den 25 Jahren, die ich jetzt im NGO-Bereich arbeite, habe ich noch nie eine derart gedrückte Stimmung bei den Organisationen erlebt wie im Moment.

Sprecher.

Zusätzlich verschlimmert wird die fatale Lage indischer NGOs durch die Verunsicherung ihrer ausländischen Geberorganisationen.

O-Ton 14 Anwältin in Chennai, darüber Übersetzerin

Wenn eine NGO Probleme mit den Behörden hat und Genehmigungen nicht bekommt, wollen oft auch ausländische Geberorganisationen mit dieser NGO nichts mehr zu tun haben – egal, ob sie gute Arbeit leistet oder nicht. Geberorganisationen brauchen einfach Sicherheit, was mit ihrem Geld geschieht. Und diese Sicherheit haben sie nicht, wenn die Empfänger-NGO im Clinch liegt mit ihrer Regierung.

Sprecher:

In einen wahren Alptraum stürzte Indiens Regierung die NGOs schließlich, als sie 2020 das Gesetz über ausländische Zuwendungen drastisch verschärfte. NGOs, die mit ausländischem Geld arbeiten, dürfen seitdem nicht mehr 50, sondern nur noch 20 Prozent ihres Budgets für Verwaltungskosten ausgeben. Und als Verwaltungskosten zählen jetzt sämtliche Personal- und Betriebskosten, die nicht der Erbringung von Dienst- und Sachleistungen dienen, erklärt Biraj Patnaik. Eine perfide und zielgenau konzipierte Regel.

O-Ton 15 Biraj Patnaik, darüber Übersetzer:

Organisationen, die vor allem Sachleistungen erbringen, können mit dieser Regel leben. Ganz anders NGOs, wo viele Mitarbeiter zu sozialen Fragen forschen, kritische Berichte veröffentlichen und Kampagnen organisieren. Die Kosten für solche Aktivitäten stufen die Behörden als Verwaltungskosten ein. Und genau das ist der Zweck der 20 Prozent-Regel. Sie stellt sicher, dass nur karitative Organisationen ausländisches Geld wirklich nutzen können. Betreibt eine Organisation Wasser- oder Landwirtschaftsprojekte, dann hat sie ja hohe Sach- und niedrige Verwaltungskosten. Menschenrechtsorganisationen aber werden durch die 20 Prozent-Regel lahmgelegt.

Sprecher:

Eine weitere neue Regel sagt: Vom Ausland finanzierte Organisationen dürfen kein Geld mehr weitergeben an Graswurzel-NGOs, die Programme in Dörfern und Slums praktisch umsetzen. Die meisten Menschenrechtsorganisationen aber arbeiten traditionell mit lokalen Partnern. Denn die kennen ihre Klientel und operieren deshalb besonders effizient.

Atmo 04:

Zweites Dorf

Sprecher:

Partner wie der Lehrer und nebenberufliche Aktivist Ramesh, dessen kleine Organisation diskriminierte Dalit in einem entlegenen Dorf Tamil Nadus betreut. Immer wieder müsse man schnell reagieren, was eine in der Stadt ansässige NGO-Zentrale gar nicht könne, erklärt Ramesh, neben dem eine ältere Frau steht, die kürzlich Opfer eines Hassverbrechens wurde.

O-Ton 16 Dalit-Frau, darüber Übersetzerin:

Abends um elf tauchten sechs Männer bei uns auf. Sie suchten unseren Sohn, sagten sie. Der habe einem Angehörigen der Brahmanen-Kaste die Hand geschüttelt. Ein Verbrechen, für das er bestraft werden müsse. Als wir sagten, unser Sohn sei nicht da, schlugen die Männer mit Knüppeln auf uns ein. Überall am Körper hatten wir Blutergüsse und Platzwunden, mein Mann sogar eine Gehirnerschütterung.

O-Ton 17 Lokaler NGO-Mitarbeiter Ramesh, darüber Übersetzer:

Eine Nachbarin, die meine Organisation kennt, holte mich aus dem Bett. Ich rief dann den Krankenwagen. Und am nächsten Tag erstattete ich Anzeige bei der Polizei. „Behelligen Sie uns nicht mit einer Schlägerei“, sagte der wachhabende Polizist. „Die Leute sollen sich einfach vertragen.“ Ich bestand aber darauf, dass die Polizei ein

Hassverbrechen gegen Kastenlose registrierte. Darauf steht nämlich Gefängnis, und die Opfer können Schmerzensgeld verlangen.

Sprecher:

Der Aktivist Ramesh bekommt seit kurzem keinen Lohn mehr; seine Graswurzel-Organisation musste schließen – so wie Tausende kleine Organisationen in ganz Indien, denen ausländisch finanzierte NGOs kein Geld mehr geben dürfen.

Unter dem steten Druck der Regierung haben auch die meisten vom Ausland finanzierten NGOs ihr Personal reduzieren müssen – um meist 50 bis 70 Prozent. Und rund 6.000 Organisationen haben, nach dem Auslaufen ihrer Erlaubnis, ausländisches Geld zu nutzen, keinen Neuantrag mehr gestellt. Sie sehen sich mit der Bürokratie, die inzwischen einen Großteil ihrer Arbeitskapazität absorbiert, völlig überfordert. Andere NGOs strengen Gerichtsprozesse gegen das Innenministerium an. Eine wenig aussichtsreiche Übung – meint die Menschenrechtsanwältin in Chennai.

O-Ton 18 Anwältin in Chennai, darüber Übersetzerin:

Häufig verlieren Aktivisten und NGOs solche Verfahren schon deshalb, weil sie sich jahre- oder gar jahrzehntelang hinziehen. Und wenn eine NGO beantragt, ein Verfahren für dringlich zu erklären, widerspricht der Anwalt der Regierung. In der Regel verneint dann das Gericht die Dringlichkeit. Kurz, das Gerichtsverfahren ist schon die Strafe: Du wirst grundlos eines Verbrechens beschuldigt oder dir werden wichtige Genehmigungen verweigert. Du wehrst dich; und schon bist du, solange das Verfahren läuft, gelähmt in deinen Aktivitäten. Deine Organisation zerfällt, weil sie kaum mehr arbeiten kann; und du musst deine ganze Energie und Zeit auf den Papierkrieg eines unendlichen Gerichtsverfahrens konzentrieren. Das ist die eigentliche Bedrohung, der NGOs in Indien ausgesetzt sind.

Sprecher:

Das indische Innenministerium hat die Bitte von SWR2 Wissen, Stellung zu den Vorwürfen zu beziehen, nicht beantwortet.

Große Teile der Menschenrechts- und Umweltschutzarbeit in Indien sei inzwischen lahmgelegt – erklärt, mit Tränen in den Augen, der Leiter einer Organisation in Tamil Nadu, die Schulkinder und Landarbeiter über Menschenrechte aufklärt – in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden. Diese Organisation darf noch ausländisches Geld annehmen. Aber:

O-Ton 19 NGO-Leiter in Tamil Nadu, darüber Übersetzer:

Die aktuelle Situation beraubt mich all meiner Freiheit als kritischer Staatsbürger. Ich wollte lautstark protestieren, zum Beispiel gegen die Verhaftung des Journalisten Mohammed Zubair vor kurzem. Aber dann habe ich mir gedacht: Halt, du musst vorsichtig sein. Du postest besser nichts zu diesem Thema in den sozialen Medien und organisierst keine Demonstration. Diese Vorsicht, diese Schere im Kopf, ist ein Teil von mir geworden, seit der Staat damit droht, meine Organisation von ausländischem Geld abzuschneiden. Dieses Geld ist ja die Lebensader meiner Organisation, ob ich es will oder nicht.

Sprecher:

Indiens Regierung dreht unterdessen systematisch weiter an der Repressionsschraube: Seit September 2023 müssen NGOs detailliert Rechenschaft ablegen über jede einzelne Ausgabe ausländischen Geldes; Razzien in NGO-Büros häufen sich; immer mehr NGO-Mitarbeiter und Journalisten werden verhaftet. Das US-Außenministerium berichtet über Folter und sogar Morde, verübt von Mitarbeitern der Regierung.

Kein Problem für Premier Modi. Im September 2023 richtete er, mit viel Prunk, den G20-Gipfel aus – im beruhigenden Wissen, dass der Westen ihn braucht: gegen Russland und China, als Wirtschaftspartner, im Kampf gegen den Klimawandel. Und Deutschland geht einmal mehr voran. In den letzten Monaten haben vier Bundesminister und Kanzler Olaf Scholz Indien besucht. Für Außenministerin Annalena Baerbock ist das zunehmend autoritär regierte Land ein – Zitat – „natürlicher Verbündeter“ Deutschlands.

Abspann:

SWR2 Wissen (mit Musikbett)

Sprecher:

Indiens NGOs in Not. Von Toni Neumann, Redaktion Dirk Asendorpf. Ein aktualisierter Beitrag aus dem Jahr 2022.

Abbinder
